



AUTOREN



Dr. Christina Benita Wilke
Senior Economist, Leiterin der
HWWI-Niederlassung in Bremen
E-Mail: wilke@hwwi.org
Tel.: 0421 2208 - 240



Prof. Dr. Michael Bräuninger
Forschungsdirektor des HWWI
E-Mail: braeuninger@hwwi.org
Tel.: 040 34 05 76 - 330

SOZIALSTAAT

Alterndes Europa vor enormen Herausforderungen

Alle europäischen Staaten altern. Durch den demografischen Wandel werden die Sozialausgaben für Ältere in vielen Ländern der Europäischen Union (EU) in den kommenden Jahren enorm ansteigen, sofern keine rechtzeitigen Anpassungen an diese Entwicklung erfolgen. Da das Ausmaß der Alterung in den einzelnen EU-Staaten und der Umfang der Sozialausgaben allerdings unterschiedlich ausfallen, sind die Länder verschieden stark betroffen.

So zählt Italien im Jahr 2060 zu den ältesten Ländern in Europa und zahlt heute bereits die höchsten Leistungen an die ältere Bevölkerung. Deutschland, Spanien, Griechenland und Portugal werden zwar 2060 ebenfalls zu den ältesten europäischen Staaten gehören, weisen aber im EU-Vergleich nur Ausgaben im Mittelfeld aus. Umgekehrt sind die Ausgaben pro Kopf in der Altersgruppe 65+ in Frankreich, Österreich, Schweden und Finnland vergleichsweise hoch, aber die Alterung in diesen Ländern schreitet nicht ganz so schnell voran.

Insgesamt sind die Ausgaben für Ältere in der Vergangenheit deutlich angestiegen. Dies kann zu einem großen Teil aus dem steigenden Gewicht der älteren Generation erklärt werden. Dabei hat die Ausweitung der Sozialausgaben für Ältere nicht zu einer Verdrängung anderer Sozialausgaben geführt. Folglich haben die höheren Sozialausgaben für Ältere zu einer Ausweitung des Sozialstaates insgesamt geführt. Sollen die staatlichen Leistungen zur sozialen Sicherung der Älteren auch in Zukunft erhalten bleiben, wird es in vielen europäischen Ländern zu erheblichen zusätzlichen Belastungen für die aktive Ge-

neration kommen. Einige der europäischen Länder, wie beispielsweise Deutschland aber auch Italien, haben daher in den vergangenen Jahren bereits weitreichende Reformen ihrer staatlichen Alterssicherungssysteme durchgeführt. Werden diese Reformen auch langfristig mit politischer Kontinuität erfolgreich umgesetzt, so können die potenziellen Belastungen für die Zukunft deutlich reduziert werden.

Anpassungsmöglichkeiten an diesen demografischen Wandel bestehen auf dem Arbeitsmarkt insbesondere in der Erhöhung der Erwerbsquoten. Innerhalb der EU streuen die Erwerbsquoten zwischen 60 und 80 Prozent – hier liegt noch viel Potenzial. Eine zentrale Rolle nimmt zudem das Renteneintrittsalter ein. In der Mehrzahl der EU-Länder liegt das gesetzliche Renteneintrittsalter für Männer bei 65 Jahren und für Frauen bei 60 Jahren. Das effektive Renteneintrittsalter liegt in den meisten Ländern nochmals deutlich darunter. Als wichtigste Politikmaßnahme ergibt sich hieraus insbesondere die Umsetzung eines einheitlichen Renteneintrittsalters für Männer und für Frauen sowie eine Abschaffung der Frühverrentungsmöglichkeiten.

Zudem sollte eine mögliche Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung geprüft werden. Damit würde die Erwerbsphase automatisch mit der steigenden Lebenserwartung verlängert, die Ruhestandsphase hingegen bliebe gleich. Für die nächsten zwanzig Jahre wird dies in Deutschland mit der schrittweisen Anhebung des Regelrenteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre nahezu erreicht: Im Trend steigt die fer-

nerer Lebenserwartung in Deutschland um mehr als 1,5 Monate pro Jahr, angehoben wird die Altersgrenze im Durchschnitt um 1,3 Monate.

Die derzeitigen Pläne zur Rente mit 63 ändern zwar nichts an dem langfristigen Renteneintrittsalter von 67, setzen aber ein völlig falsches Signal: Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen sich auf künftig längere Lebensarbeitszeiten einstel-

len können. Grundlegende Spar- und (Weiter)Bildungsentscheidungen werden vor einem langfristigen Hintergrund getroffen. Ebenso erfordert das Umdenken auf der Arbeitgeberseite im Hinblick auf eine lebensphasenorientierte Personalpolitik Zeit. Hierfür braucht es Planungssicherheit – und eine aufrichtige, klare Kommunikation seitens der Politik, die auf diese Erfordernisse hinweist anstatt anhand einer „Rente mit 63“ erneut verlockende Früh-

verrentungsmöglichkeiten zu suggerieren.

Dieser Beitrag erschien am 15. April 2014 in der „Fuldaer Zeitung“.

Die HWWI-Studie „Zur Zukunftsfestigkeit der europäischen Sozialstaaten“, auf der dieser Beitrag basiert, finden Sie im Internet unter: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/140408_9_DIA_Studie_Sozialstaaten_Einzelseiten_final.pdf.